

Europäische Entdeckungen

– Arabische Umwälzungen und die Kraft später Einsichten –

von Reiner Bernstein*

Über Nacht ist die tragende Bedeutung von Zivilgesellschaften in aller Politiker Munde. Regierungen und Parlamentarier, die bislang nicht müde wurden, ihnen jegliche Relevanz für politische Entscheidungsprozesse abzusprechen, und ihnen nicht selten nach dem Motto „Der Chef spricht nur mit dem Chef“ mehr oder weniger herablassend begegneten, entdecken nach den eindrucklichen Umwälzungen in vielen Teilen der arabischen Welt grobe Fehler und Unterlassungen.

Der neue Auswärtige Dienst der Europäischen Union schickt hohe Beamte nicht nur zu Gesprächen mit der Übergangsregierung nach Tunis, vielmehr sollen sie auch den Kontakt zu den Gewerkschaften und zu anderen NGO's suchen. Niemand will es versäumen, die arabischen Defizite auf den Feldern der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit aufs Korn zu nehmen und die systematische Verletzung von Menschenrechten durch Drohungen, willkürliche Festnahmen und Folter heftig zu kritisieren. Dennoch ließ sich aus all diesen Äußerungen und Mahnungen die Vermutung nicht ganz beiseite schieben, dass es den Europäern vor allem um die politische Stabilität in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft geht – und damit um das Interesse, die Regimes im südlichen Mittelmeerbecken durch den Appell zu nachhaltigen Reformen zu stärken. Die Drohung mit den vermeintlichen Gefahren des Islamismus, von Hosni Mubarak als Alternative seit langem beschworen, wirkt nach – aller gegenteiligen Belege in Ägypten und Tunesien zum Trotz.

* Erschienen als Hauptkommentar in der Februar-Ausgabe der „Jüdischen Zeitung“ (Berlin), S. 1, traditionell ohne Namensnennung des Autors, unter dem Titel „Freiheit und Demokratie“.

Eine beachtliche Ausnahme von den Bekundungen und Absichtserklärungen in den vergangenen Tagen war über die Parteilinien nur im Deutschen Bundestag zu bemerken. Man könnte sie in Analogie zum Redebeitrag Rainer Stinner als einen parlamentarischen „Selbstfindungsprozess“ bezeichnen, auch wenn der außenpolitische Sprecher der FDP damit zunächst die Suche tunesischer Journalisten nach angemessener Berichterstattung und Kommentierung sowie die Organisation demokratischer Strukturen im Auge hatte.

So ist also in der „Verabredeten Debatte“ am 27. Januar Selbstkritik geübt worden: Die bisherige Politik gegenüber den arabischen Staaten habe sich mit autoritären und korrupten Regimes eingelassen, die jegliche demokratische Oppositionsregung unterdrückt und die Menschenrechte mit Füßen getreten hätten. Die zahlreichen Projekte des Barcelona-Prozesses, der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie der Mittelmeer-Union hätten die erwarteten Ergebnisse nicht erbracht, weil es ihnen an den fehlenden Voraussetzungen vor Ort und an der eigenen mangelnden Durchsetzung gefehlt habe. Vermeintliche Stabilität ohne Rechtsstaat sei nicht hinnehmbar, hat Kerstin Müller (Bündnis 90/DieGrünen) unterstrichen; ob der Vergleich der früheren Staatsministerin im Auswärtigen Amt mit Danzig glücklich gewählt war, sei dahingestellt.

Denn entscheidend ist der Strategiewechsel, muss heißen: Regierung und Parlament dürfen sich nicht länger damit begnügen, die üblichen – und erforderlichen – Beziehungen zu den Kabinetten zu pflegen. Vielmehr sollten sie Konsequenzen daraus ableiten, dass die versuchte Revolutionierung des politischen Lebens das Verdienst der jeweiligen Zivilgesellschaft ist: der Gewerkschaften, der Berufsverbände, der Oppositionsgruppen – und jener nach vielen hunderttausend zählenden Menschen ohne angemessene Bildung und Bildungschancen, ohne einen Arbeitsplatz, ohne soziale

Absicherung und in erschreckenden Armutsverhältnissen lebend. Sie haben den Protest gegen staatliche Willkür und abstoßende Korruption getragen und gegen die obrigkeitlichen Repressionen durchgehalten. „Wir müssen mit jenen zivilgesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten, die jetzt ihre Grundsätze einfordern“, hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Ruprecht Polenz (CDU) seine Ausführungen im Bundestag in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ ergänzt und hinzugefügt, dass Europa stärker auf die Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen in den Assoziierungsverträgen achten müsse.

Diese Ermahnungen in eigener Sache sind in Israel auf taube Ohren gestoßen – als ob sie nicht auch hier gehört werden sollten.

„Demokratie ist etwas Wunderschönes“, ist ein früherer Botschafter in Kairo zitiert worden, der sich gleichzeitig bemüßigt fühlte, Verbündete und Freunde zur Ordnung zu rufen: Es sei für Israel, für die USA und für Europa von höchstem Interesse, dass Mubarak an der Macht bleibe. Dass während der Demonstrationen in Ägyptens Hauptstadt Rufe nach der Suspendierung des Friedensvertrages von 1979 erschallten, bestärkte den früheren Verteidigungsminister Benjamin Ben-Eliezer von den Resten der Arbeitspartei in der Hoffnung, dass sich „dort die Lage beruhigen wird“.

Stimmen wie diese wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Proteste des israelischen Friedenslagers am 15. Januar in Tel Aviv dazu aufriefen, sich zur Verteidigung der Demokratie gegen die „Kräfte der Dunkelheit“ zusammenzufinden und sich gegen den rassistischen Nationalismus vom Schlage Avigdor Liebermans zu verwehren, und dass die 15 000 Demonstranten betonten, dass ein Drittel der Bevölkerung Israels unterhalb der Armutsgrenze lebt – kein Vergleich zu Ägypten freilich, aber ein Menetekel für ein Land, das mit Stolz darauf verweist, dass sein Bruttosozialprodukt um ein Vielfaches höher liegt als im arabischen Umfeld.

Was bleibt? Die von Mubarak angebotenen „weiteren Reformen“ werden sein Regime nicht retten, und wenn es dabei bleiben soll, dass das Militär mit dem neuen Vizepräsidenten und oberstem Präsidentenberater Omar Suleiman und dem neuen Ministerpräsidenten Achmad Shafiq, einem früheren Luftwaffenchef in der Nachfolge Mubaraks, nur interimistisch das politische Vakuum ausfüllen soll, sind die zivilgesellschaftlichen Energien beim Wiederaufbau der Gesellschaft dringend gefordert. Für die deutsche und für die europäische Politik sollte es zu den Lehren der vergangenen Wochen gehören, das ernst zu nehmen und auszufüllen, was im Bundestag als Defizit ausgemacht wurde: dass die Rettung der Demokratie im gesamten Krisenboden des Mittelmeerraums mitnichten von den heute Regierenden ausgehen kann und dass es stattdessen gilt, jene Kräfte zu stärken, die sich in ihrer Gesellschaft für jene Werte einsetzen, welche die Europäer anderswo einfordern und eben nicht nur im arabischen Raum.

Dazu muss aktuell auch gehören, dass sich die Bundesregierung gegen die in der Knesset anhängigen Untersuchungen verwehrt, welche die ungehinderte Zusammenarbeit deutscher Stiftungen und Entwicklungsdienste mit Gruppen der israelisch-jüdischen und israelisch-arabischen Zivilgesellschaft maßlos erschweren, wenn nicht gar verhindern sollen. Ähnliches gilt für die Westbank, wo es die europäische Unterstützung für den Aufbau staatsförderlicher Sicherheitsdienste der Autonomieregierung erleichtert, Rechte der Bevölkerung auf Meinungs- und Demonstrationsautonomie unziemlich einzuschränken. Freiheit und Demokratie lassen sich nicht teilen.

Reiner Bernstein

28/29.01.2011
